
Am Tropf der Weltwirtschaft

Die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute zeichnen in ihrem Mitte Oktober vorgelegten Herbstgutachten für die deutsche Wirtschaft ein gemischtes Bild. So hat zwar im Gefolge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs auch in Deutschland die Konjunktur in diesem Jahr spürbar an Fahrt gewonnen. Das Tempo der Erholung ist aber im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen gering. Überdies wird sie allein vom Export getragen; die Binnennachfrage ist weiterhin schwach und zeigt bisher kaum Anzeichen einer Belebung. Die Investitionstätigkeit war trotz günstiger Absatzperspektiven auf den Auslandsmärkten und günstiger Finanzierungsbedingungen in der ersten Jahreshälfte 2004 sogar rückläufig. Die Konjunktur in Deutschland hängt somit am Tropf der Weltwirtschaft. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass sie in der zweiten Hälfte dieses Jahres bereits wieder an Schwung eingebüßt hat, nachdem die Weltkonjunktur in ein ruhigeres Fahrwasser eingeschwenkt ist.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht erstaunlich, dass die konjunkturelle Erholung den Arbeitsmarkt noch nicht erreicht hat. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwar seit Anfang dieses Jahres wieder gestiegen. Ausschlaggebend dafür ist aber die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik; bei den neuen Jobs handelte es sich im Wesentlichen um Minijobs und Ich-AGs. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist dagegen bis zuletzt weiter gesunken, und die Zahl der Arbeitslosen ist in diesem Jahr erneut kräftig gestiegen.

Für manche ist die hartnäckige Schwäche der Binnennachfrage in erster Linie eine Konsumschwäche, die ihre Ursachen wiederum vor allem in zu geringen Lohnsteigerungen aufgrund einer jahrelangen Lohnzurückhaltung und in einer verfehlten – weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schwächenden – Konsolidierungspolitik des Staates hat; dies würde natürlich auch die Investitionstätigkeit belasten. Nach ihrer Einschätzung würde die deutsche Wirtschaft somit im Kern an einer Nachfrageschwäche erkranken. Dagegen spricht allerdings nicht zuletzt die diesjährige Entwicklung. Denn die kräftige Expansion der Weltwirtschaft stellt im Grunde ein riesiges Programm zur Ankurbelung der Nachfrage in Deutschland wie auch in anderen Ländern dar. Der Außenbeitrag steigt 2004 wahrscheinlich um reichlich 30 Mrd. Euro; eine solche Summe wäre mit keinem staatlichen Programm aufzubringen gewesen. Gleichwohl hat dieses „Programm“ bisher keine Initialzündung für die Binnennachfrage gegeben. Das deutet darauf hin, dass die Gründe für die schwache Binnennachfrage nicht primär auf der Nachfrageseite liegen.

Die Mehrheit der Institute – zu der auch das HWWA gehört – rechnet nicht damit, dass sich die konjunkturelle Expansion in Deutschland im kommenden Jahr beschleunigt; sie erwartet im Jahresverlauf eher wieder eine leichte Abschwächung. Ausschlaggebend dafür ist, dass der deutsche Export an Schwung einbüßt, da die Weltkonjunktur im Gefolge nachlassender Dynamik in den beiden bisherigen Wachstumszentren USA und China eine etwas langsamere Gangart einschlägt. Die Inlandsnachfrage nimmt zwar etwas rascher zu als bisher, aber nicht stark genug, um dies auszugleichen. Gestützt wird sie in erster Linie von den Investitionen, die allmählich Fahrt aufnehmen. Ausschlaggebend dafür sind die weiterhin günstigen Absatzaussichten im Ausland, eine verbesserte Ertragslage, die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und eine steigende Kapazitätsauslastung in exportintensiven Branchen. Das Expansionstempo bleibt aber angesichts der sich nur zögernd bessernden Absatzaussichten im Inland und weiterhin unterausgelasteter Kapazitäten in konsumnahen Bereichen verhalten. Der private Konsum wird dagegen auch 2005 keinen großen Schwung



Eckhardt Wohlers

entfalten. Zu Jahresbeginn erhält er zwar Impulse durch neuerliche Steuerentlastungen, die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind aber weiterhin gedrückt, die Beschäftigungsperspektiven hellen sich nur zögernd auf und die Verunsicherung durch die Wirtschaftspolitik hält vorerst an.

Alles in allem prognostiziert die Mehrheit der Institute für 2005 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5%, nach 1,8% in diesem Jahr. Für eine rasche und durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt reicht das freilich nicht. Immerhin dürfte im späteren Jahresverlauf der Rückgang bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stillstand kommen und die Zahl der Arbeitslosen dürfte 2005 konjunkturbedingt zurückgehen. Überlagert wird die Entwicklung am Arbeitsmarkt weiterhin in hohem Maße von der Arbeitsmarktpolitik. Unsicherheit herrscht dabei hinsichtlich der Auswirkungen von Hartz IV, die wegen der immer noch sehr dünnen Datenbasis nur sehr grob abzuschätzen sind.

Über der Prognose hängt allerdings das Damoklesschwert des Ölpreises. Die Institute sind davon ausgegangen, dass er im nächsten Jahr mit nachlassender Konjunktur in den USA und China und einer Ausweitung der Förderkapazitäten wieder etwas nachgeben und Ende 2005 „nur“ noch 37 \$/Barrel betragen wird. Sollte der Ölpreis hoch bleiben oder sogar noch weiter steigen, würde das die Konjunktur in Deutschland wie auch in anderen Ölverbrauchsländern spürbar belasten. Die Auswirkungen dürften aber geringer sein als in den siebziger und achtziger Jahren, denn anders als damals scheint die Gefahr von Zweitrundeeffekten, die wiederum die Geldpolitik auf den Plan rufen würden, derzeit gering.

Mit einer Wachstumsrate von 1,5% würde das Jahr 2005 konjunkturell kein schlechtes Jahr sein, denn das Wachstum läge immer noch über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Die Mehrheit der Institute hält deshalb auch nichts von staatlichen Konjunkturprogrammen zur Ankurbelung der Binnennachfrage, sie setzt vielmehr auf eine Stärkung der Wachstumskräfte. Mit der Agenda 2010 hat die Bundesregierung zwar Weichen in die richtige Richtung gestellt. Der Reformprozess offenbart aber Schwächen. So verschärften die Arbeitsmarktreformen zum Teil die Probleme der Sozialversicherung. Die Subventionierung von Minijobs durch weitgehende Freistellung von der Abgabepflicht führte dazu, dass „reguläre“ Vollzeit Arbeitsplätze verdrängt wurden. Um die finanziellen Einbußen durch den Verlust eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes für die Sozialversicherung aufzufangen, müssten mindestens zehn Minijobs geschaffen werden. Problematisch ist insbesondere auch die Subventionierung von Minijobs als Nebenjob. Für manchen Arbeitnehmer könnte es bei der derzeitigen Regelung günstiger sein, seine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zugunsten eines subventionierten Nebenjobs einzuschränken.

Trotz der konjunkturellen Erholung bleibt die Lage der öffentlichen Finanzen prekär. Nach der Prognose der Mehrheit der Institute wird Deutschland im Jahre 2005 mit einem Budgetdefizit von 3½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt das vierte Jahr in Folge die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze überschreiten. Die Haushaltskonsolidierung hat somit weiterhin hohe Priorität; vier der sechs Institute fordern sogar für 2005 ein zusätzliches Sparprogramm. Sie plädieren insbesondere für deutliche Einschnitte bei den Subventionen. Grundlage könnte die Einsparliste der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück sein, die immerhin ein Streichvolumen von 75 Mrd. Euro enthält. Ohne merkliche Konsolidierungsfortschritte würde das Budgetdefizit hoch bleiben und der Handlungsspielraum des Staates würde noch mehr als ohnehin schon eingeengt.